

EVELYN REGNER



Kurzinformationen

Gleichbehandlungsstellen

Ausschuss: EMPL (& FEMM)

Zuständige Person in der Delegation: Evelyn Regner (Team: Magda Stumvoll)

Stand bei Umsetzung: finaler Trilog im Dezember abgehalten, Plenumsabstimmung geplant im April 2024

Hintergrundinfos

- ▶ Gleichbehandlungsstellen (GBS) fördern in den Mitgliedsstaaten (MS) die Gleichbehandlung & unterstützen Betroffene von Diskriminierung dabei ihre Rechte durchzusetzen. In Österreich oft gemeinsam mit Gewerkschaften, und in Ö der Arbeiterkammer.
- ▶ es geht um Diskriminierungen jeglicher Art: Geschlecht, ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung
- ▶ GBS sind aber mit unterschiedlichen Ressourcen ausgestattet und somit sind die Menschen in den unterschiedlichen MS unterschiedlich stark unterstützt, wenn sie Diskriminierung erfahren

Zusammenfassung

- ▶ GBS bekommen durch die Richtlinie einheitliche Standards bzgl ihres Mandats, Unabhängigkeit & (personelle, finanzielle & technische) Ressourcen
- ▶ Recht der GBS diskriminierte Personen einzeln und auch Gruppen (Sammelklage) vor Gericht zu vertreten
- ▶ Einführung einer alternativen Streitbeilegung als Schlichtungs- und Mediationsverfahren, das von der GBS oder einer anderen (regierungs-

)unabhängigen Einrichtung geleitet werden kann. Wenn kein Ergebnis gefunden wird, können Betroffene weiterhin vor Gericht klagen. Für diesen Fall sorgen MS für eine ausreichende Verjährungsfrist.

- ▶ Datenerhebung bzgl verschiedenen Diskriminierungsarten durch GBS

Was hat S&D durchgesetzt?

- ▶ Sammelklage, um systemische Probleme zu adressieren und auch gleichzeitig einzelne Fälle vor Gericht bringen
- ▶ effektiver Rechtsschutz: GBS dürfen Beweise vor Gericht nutzen, die sie im Rahmen der Ermittlungen erhalten
- ▶ Gender Mainstreaming wird als wichtiges Instrument für die MS zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter in der nationalen Politik verankert?

Wo haben andere Fraktionen gebremst/blockiert?

- ▶ Sammelklage ausweiten: AK/ÖGB in Ö können nur individuelle Fälle vor Gericht bringen

Key Messages

- ▶ es darf nicht daran liegen, in welchem EU-Mitgliedsland man geboren wurde: Diskriminierungsschutz muss überall gleich gut und unabhängig sein
- ▶ wir müssen Probleme strukturell angehen, um unsere Gesellschaft gerechter zu machen und hier sind Sammelklagen ein wichtiger Türöffner!